



20.09.2021 11:47 CEST

„Es gibt konkreten politischen Handlungsbedarf!“

Im Rahmen der vfa-Debattentour diskutierten in Frankfurt Vertreter von CDU, SPD, Grünen und FDP über die Herausforderungen der deutschen Pharmaindustrie. Als Branchenvertreter adressierte AbbVie-Geschäftsführer Olaf Weppner die Erwartungen an die zukünftige Bundesregierung.

- *Verband der forschenden Pharma-Unternehmen lädt ein zur „Debattentour“*
- *Nicht nur in Pandemie-Zeiten: Die Pharmabranche bleibt Schlüsselindustrie*
- *Gesundheitsrelevante Daten: Große Chance für personalisierte Therapien*

- *International wettbewerbsfähiger Regulierungsrahmen benötigt*
- *Diskutanten sind sich einig: Am Patentschutz wird nicht gerüttelt*

In den vergangenen Monaten hat die Pharmaindustrie unter Beweis gestellt, wie groß ihre Bedeutung und wie hoch ihr gesellschaftlicher Nutzen ist: In kürzester Zeit wurden Impfstoffe gegen COVID-19 entwickelt, produziert und weltweit zur Verfügung gestellt. 2021 gibt es bereits Produktionskapazitäten für zehn Milliarden Impfdosen; 2022 wird sich diese Zahl noch einmal verdoppeln. Der Pharmastandort Deutschland spielt bei der Pandemie-Bekämpfung eine entscheidende Rolle. „Wir sehen nun, wie wichtig eine verlässliche Arzneimittelforschung und -herstellung in Deutschland ist. Deshalb sollte uns alle dieses Thema auch über die Bundestagswahl hinaus beschäftigen. Es gibt konkreten politischen Handlungsbedarf!“.

Mit diesen Worten eröffnete Olaf Weppner seinen Impulsvortrag in der Frankfurter Jahrhunderthalle bei der politischen Debattentour, die zurzeit vom Verband der forschenden Pharmaunternehmen (vfa) organisiert wird. Auf zehn Veranstaltungen in zehn Städten diskutieren Vertreter von Industrie und Politik, wie die Rahmenbedingungen der forschenden Pharmaindustrie in Deutschland verbessert werden können. In Frankfurt waren neben Weppner als Geschäftsführer von AbbVie Deutschland die folgenden Podiumsgäste geladen:

- Dr. Michael Meister, MdB (CDU), parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung
- Sören Bartol, MdB (SPD), stellvertretender Fraktionsvorsitzender
- Tarek Al-Wazir, MdL (Bündnis90/ Die Grünen), hessischer Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident
- Mario Brandenburg, MdB (FDP), Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Vielerorts herrschen bessere Rahmenbedingungen

Obwohl sich die deutsche Arzneimittelbranche in der jüngsten Krise erneut als Schlüsselindustrie erwiesen hat, büßt der Pharmastandort Deutschland in immer mehr Bereichen seine Spitzenposition ein. Ein Blick in andere Länder zeigt: Vielerorts herrschen bessere Rahmenbedingungen, die Vorteile im globalen Wettbewerb bedeuten. Was muss passieren, damit Deutschland und Europa auch zukünftig ganz vorne mitspielen? Wie können die Erkenntnisse der Corona-Pandemie auf andere Therapiebereiche übertragen werden? Und

welche Maßnahmen garantieren eine bessere Forschung zum Wohl der Patienten?

Gesundheitsrelevante Daten für personalisierte Therapien

Olaf Weppner stellte gleich mehrere Stellschrauben vor, die für den medizinischen Fortschritt und die Weiterentwicklung der deutschen Gesundheitsversorgung wichtig sind – eine davon ist die Nutzung gesundheitsrelevanter Daten. Erhoben werden können diese über die elektronische Gesundheitsakte. „Wir als private Forschung brauchen die Option, einen Antrag auf anonymisierte und pseudonymisierte Daten beim Forschungsdatenzentrum stellen zu können“, so Weppner. „Die Nutzung der Daten würde beispielsweise eine Entwicklung von Biomarkern für personalisierte Therapien ermöglichen oder Nutznachweise neuer Medikamente liefern.“ Beides käme Patienten zugute.

Dr. Meister von der CDU sieht in der personalisierten Medizin „eine riesige Chance“ und sprach sich dafür aus, die Kombination aus Pharmaforschung und Digitalisierung gezielt zu fördern. Er sieht die Politik in der Verantwortung, entsprechende Plattformen zu schaffen. Sören Bartol (SPD) forderte in diesem Zuge ein starkes Datengesetz, welches vor allem die Menschen in den Mittelpunkt stellt, um deren Daten es geht. Bei allen Diskussionsteilnehmern bestand Einigkeit darüber, dass die Nutzung gesundheitsrelevanter Daten in erster Linie eine Vertrauensfrage sei, die eine transparente Kommunikation verlange.

Wettbewerbsnachteil durch Überregulierung

Ein weiterer Diskussionsschwerpunkt in Frankfurt war die Überregulierung des Biotechnologiemarkts, die der Branche in Deutschland und Europa Wettbewerbsnachteile auf dem globalen Markt beschert. „Überbordende europäische Regulierung in der Medizintechnik, ein Rückgang bei der Zahl klinischer Studien und Abwanderungen von Forschungsinvestitionen in der Biotechnologie sind Alarmsignale, die von der Politik ernst genommen werden sollten“, mahnte Weppner. Gleichzeitig habe die Reaktion auf die Corona-Krise gezeigt, dass Genehmigungs- und Zulassungsverfahren durchaus erheblich beschleunigt werden können – und dies ohne Sicherheitseinbußen. „Hier gilt es, die richtigen Lehren zu ziehen und einen international wettbewerbsfähigen Regulierungsrahmen zu schaffen“, so Olaf.

Sören Bartol räumt ebenfalls ein: „In der Pandemie haben wir gesehen, dass es auch schneller geht.“ Dies müsse der Anspruch sein – selbst, wenn dies mit Mehrkosten verbunden ist. Mario Brandenburg von der FDP führt den Großteil der Bürokratieprobleme auf die deutsche Unterdigitalisierung zurück. Er sieht den Staat in der Pflicht: „Das kann man auflösen – und zwar am besten von oben nach unten.“ Für Tarek Al-Wazir von den Grünen ist eine „ordentliche Bürokratie die Abwesenheit von Willkür“, doch man müsse auf allen Seiten gut damit arbeiten können. Dr. Meister fasst zusammen: „Wir müssen überlegen, wie wir bei den Genehmigungsprozessen schneller werden und diese entschlacken.“

„Am Patentschutz wird nicht gerüttelt“

Beim Thema „geistiges Eigentum“ brachte Olaf Weppner die Branchenmeinung noch einmal klar zum Ausdruck: „Finger weg von der Lockerung des Patentschutzes!“ Wer diesen frei gibt, gefährde dringend benötigte Neuentwicklungen und Forschungsanstrengungen – und damit den Standort im Ganzen. Die Diskutanten waren sich einig: „Am Patentschutz wird nicht gerüttelt“, wie Mario Brandenburg sagte.

Einigkeit bestand auch darin, dass noch viel passieren müsse, um die hiesige forschende Pharmaindustrie für die Zukunft zu stärken. Die USA und Südkorea sind Deutschland hinsichtlich der Produktionskapazitäten bereits voraus, Großbritannien und China holen auf. Nur wenn Industrie und Politik zusammenarbeiten, können Deutschland und Europa im internationalen Wettbewerb bestehen.

Die Aufzeichnung der vfa-Debattentour aus Frankfurt am Main ist [hier](#) zu finden.

AbbVie (NYSE:ABBV) ist ein globales, forschendes BioPharma-Unternehmen. AbbVie hat sich zum Ziel gesetzt, neuartige Therapien für einige der komplexesten und schwerwiegendsten Krankheiten der Welt bereitzustellen und die medizinischen Herausforderungen von morgen anzugehen. AbbVie will einen echten Unterschied im Leben von Menschen machen und ist mit dem Zusammenschluss mit Allergan weltweit in verschiedenen wichtigen Therapiegebieten tätig, wie Immunologie, Onkologie, Neurologie, Augenheilkunde, Virologie und Frauengesundheit. Hinzu kommt das Portfolio von Allergan Aesthetics in der medizinischen Ästhetik.

In Deutschland ist AbbVie an seinem Hauptsitz in Wiesbaden und seinem Forschungs- und Produktionsstandort in Ludwigshafen, sowie mit Allergan in Frankfurt vertreten. Insgesamt beschäftigt AbbVie inklusive Allergan weltweit 48.000 und in Deutschland rund 2.900 Mitarbeiter*innen. Weitere Informationen zum Unternehmen finden Sie unter <http://www.abbvie.com> und www.abbvie.de. Folgen Sie [@abbvie_de](https://twitter.com/abbvie_de) auf Twitter oder besuchen Sie unsere Profile auf [Facebook](https://www.facebook.com/abbvie) oder [LinkedIn](https://www.linkedin.com/company/abbvie). Unter www.abbvie-care.de finden Sie umfangreiche Informationen zu den Therapiegebieten, in denen AbbVie tätig ist.

Kontaktpersonen



Sebastian Wachtarz

Pressekontakt

Director Government & Public Affairs

sebastian.wachtarz@abbvie.com

0611 1720-4086

0151 54052-950



Julia Heinz

Pressekontakt

Head of Public Affairs

julia.heinz@abbvie.com

+49 151 1403 8139